

Hass und die Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens

Ursachen und Handlungsoptionen

Andreas Beelmann

Viele Menschen haben aktuell den Eindruck, dass unser Zusammenleben in zunehmendem Maße durch einen „rauen Ton“, Unfreundlichkeiten oder gar Hass gekennzeichnet ist. Diese Einschätzungen decken sich mit den Ergebnissen aktueller Umfragen zum sozialen Miteinander (DAK, 2026) und werden auch aus professionellen Kontexten berichtet. Ob in Schilderungen der Polizei und von Rettungskräften, im Gesundheits- und Bildungswesen, im öffentlichen Nahverkehr oder beim Einkaufen; immer häufiger kommt es offenbar zu Auseinandersetzungen, bei denen sich Menschen unversöhnlich gegenüberstehen. Auch die gesellschaftspolitischen Debatten werden härter und unsachlicher geführt und gehen nicht selten mit persönlichen Diffamierungen, ja sogar körperlichen Angriffen und Bedrohungen einher.

Derartige Schilderungen und Einschätzungen bedrohen das Sicherheitsgefühl vieler Menschen. Auch wenn es keine verlässlichen Daten über längerfristige Entwicklungen hasserrückter Auseinandersetzungen gibt, so haben die genannten Beobachtungen und Schilderungen vermutlich nicht allein mit einer erhöhten Sensibilisierung der Bevölkerung zu tun. Wie ist diese Entwicklung zu erklären und was sind die konkreten Ursachen?

Hass wird in der sozialwissenschaftlichen und psychologischen Forschung in erster Linie als eine negative Emotion mit verschiedenen Facetten und Erscheinungsformen verstanden. Er manifestiert sich insbesondere als fundamentale Feindseligkeit und Aggressionsneigung gegenüber einzelnen Personen oder bestimmten Personengruppen. Die psychologischen Quellen für Hass speisen sich aus Neid in Folge von negativen sozialen Vergleichsprozessen, erfolglosem Ehrgeiz, übermäßigem Egoismus, massiven Vorurteilen oder anderen Bedrohungen der persönlichen oder sozialen Identität (Sternberg, 2005). Diese Mechanismen sind seit langem bekannt und werden aktuell durch eine Reihe von individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Faktoren und Umständen forciert, die im Folgenden skizziert werden.

- Eine wichtige Ursache liegt im gewachsenen gesellschaftlichen und internationalen Konfliktpotential. Die Corona-Krise mit ihren Folgen und die Belastungen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Spannungen im Nahen Osten ergeben, das Aufkommen rechtsnationaler und rechtspopulistischer Parteien, die Folgen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ sowie die Bedrohungen, die sich aus Umwelt- und Klimakatastrophen ergeben haben, liefern den Nährboden für individuelle Unsicherheit, Angst vor sozialem Abstieg und Ohnmacht. Die Vorstellung, dass sich die eigene Lebenssituation erschwert und man Herausforderungen hilflos gegenübersteht, erzeugt zumindest das subjektive Gefühl der Benachteiligung und Ungerechtigkeit. Das forciert die Suche nach einfachen Erklärungen mit Schuldzuschreibungen an andere Personen und Personengruppen. Hass wird dadurch eine vermeintlich berechnete Reaktion auf erlebte Bedrohungen.

Zeitgleich mit diesen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen ist die Sorge um den materiellen Wohlstand zumindest in einer (noch) breiten Mittelschicht auf einem hohen Niveau. Dies kann aus Umfragen zu aktuell wichtigen Politikthemen abgeleitet werden (z.B. Müller, 2026). Tatsächlich steigt die soziale Ungleichheit in den westlichen und marktwirtschaftlich organisierten Demokratien. Angesichts weltweiter Ressourcenkonflikte und konkurrierender wirtschaftlicher Interessen, die auch militärisch ausgetragen werden, ist die Erwartung an gleichbleibenden materiellen Wohlstand und ein friedliches Zusammenleben der Menschheit wohl eher eine Quelle von Enttäuschungen und Verärgernissen mit dem Potential, Feindseligkeiten und Hass auszulösen, wie bereits aktuelle Konfliktlagen nahelegen.

- Bestimmte politische Gruppen und Medien leben vom Konfliktpotential in der Gesellschaft und haben ein regelrechtes Interesse an einer Eskalation. Sie heizen Konflikte durch gezielte Agitation und Propaganda an, um Aufmerksamkeit, politische Macht und gesellschaftlichen Einfluss zu erreichen. Ein solches Vorgehen ist einfacher umzusetzen, als nach Lösungen für drängende Probleme zu suchen, die von allen oder zumindest großen Teilen der Bevölkerung als gerecht empfunden werden. Auch medial wird mit außergewöhnlichen und extremen Positionen oftmals wesentlich mehr Aufmerksamkeit erreicht, weshalb auch manche Medienschaffende auf diese Strategie setzen. Hinzu kommt, dass sich seit dem Aufkommen digitaler Informations- und Kommunikationswege eine viel größere Reichweite erzielen lässt. So sind die Möglichkeiten, Personen mit Falschnachrichten, Propaganda und Vorurteilen zu beeinflussen, enorm gewachsen.
- Der Selbstbezug in Form von Egoismus und Narzissmus ist angesichts der Bedrohungslagen gerade bei jungen Menschen offenbar auf hohem Niveau und zeitgleich lassen sich in der Fähigkeit zur sozialen Interaktion deutliche Defizite feststellen (Beelmann & Lutterbach, 2023; DAK, 2026). Dies ist auch Folge eines zunehmenden Konsums digitaler Medieninhalte und digitaler (unpersönlicher) Kommunikationswege, wie etwa an Untersuchungen zur Einsamkeit deutlich zu erkennen ist (vgl. jährliche Einsamkeitsbarometer des Bundesministeriums).

ums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Die Fähigkeit zur Empathie und eine Orientierung an humanen Werten wie Fairness und Gerechtigkeit sowie das nicht-aggressive Aushandeln unterschiedlicher Interessen unter Rücksichtnahme auf andere Personen müssen in „echten“ sozialen Interaktionen erlernt werden. Sie bilden das Fundament eines friedlichen Zusammenlebens. Mit welchen sozialen und politischen Folgen die Kombination aus weltweiten Konfliktlagen, unbeschränkten Möglichkeiten politischer Agitation und individuellen Defiziten einhergehen, kann in einigen Gesellschaften bereits sehr gut beobachtet werden. Offene Feindseligkeiten gegen alles, was nicht „linientreu“ ist, geltende Gesetze und die Rechtsstaatlichkeit werden umgangen und Kausalitäten im Sinne der eigenen Interessen umgedeutet, während die eigene Großartigkeit unter dem Deckmantel eines nationalen Interesses zur Schau gestellt wird. Wenn ein solcher Umgang den gesellschaftlichen Alltag und politische Entscheidungsprozesse prägt, sind Hass, Aggression und Gewalt die natürlichen Folgen. Was also kann man tun, um solche Entwicklungen zu verhindern bzw. zu stoppen?

- Zunächst sollte in Auseinandersetzungen auf Rationalität gesetzt und diese auch von anderen Personen eingefordert werden. Geht es um die Analyse von gesellschaftlichen Problemen und Möglichkeiten des Handelns sollten Sachkenntnis und Neutralität im Vordergrund stehen und nicht unreflektierte Meinungsäußerung oder reine Interessenvertretung. Kritische Diskussionen und Meinungs austausch sind wichtige demokratische Prinzipien, sie stoßen jedoch an Grenzen, wenn die Argumente nicht an Sachkenntnis gebunden sind. Informierte Kritik und analytische Rationalität, nicht das Bauchgefühl und persönliche Interessen sollten die Debatten prägen. Ansonsten droht zwangsläufig eine Polarisierung der Gesellschaft, wie wir sie in Teilen bereits erleben (vgl. etwa Schwerpunktthema der Zeitschrift *Forschung & Lehre*, Heft 2/2026).
- In diesem Zusammenhang sollte man sich vergegenwärtigen, dass man sich bei alltäglichen Auseinandersetzungen wie in politischen Diskursen einer Sprache bedient, die nicht durch Hass geprägt ist. Dies gilt insbesondere für politische Akteur:innen und andere prominente Personen, die eine große Verantwortung im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Stimmung haben, da sie eine große Öffentlichkeit genießen. Selbstverständlich kann und sollte man seine Meinung mit Nachdruck äußern dürfen. Es gibt jedoch Grenzen, wenn persönliche Beleidigungen und Abwertungen im Vordergrund stehen. Dies gilt im sozialen Miteinander ebenso wie in der internationalen Politik. Angebliche „Freunde klarer Worte“ sind nicht selten Personen, die es allein auf ein generöses Herausstellen ihrer eigenen Person abgesehen haben. Freundlichkeit und Respekt vor anderen sind dagegen soziale Errungenschaften, die die Voraussetzung für konstruktive und gemeinschaftliche Lösungen darstellen. Sie sollten auch in digitalen Kommunikationstechnologien eingefordert werden. Gewinnziele und Machtinteressen von weltweit operierenden Konzernen dürfen nicht darüber entscheiden, wie wir miteinander umgehen.
- Eine demokratisch organisierte und auf Menschenrechten basierende Gesellschaft sollte möglichst allen Men-

schen gute Entwicklungschancen bieten. Dies meint insbesondere die Reduktion sozialer Ungleichheit, die Ursache dafür ist, dass sich Menschen in Folge von Vergleichsprozessen abgehängt fühlen. Sozial ungleiche Gesellschaften bergen dauerhafte Risiken, nicht nur im Hinblick auf hasserfüllte Kommunikation, sondern insgesamt für soziale Probleme, das friedliche Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Wilkinson & Pickert, 2010).

- Angesichts der skizzierten Problemlagen wird es eine große Herausforderung für die Menschheit sein, diese Probleme friedlich und für alle befriedigend zu meistern. Hass ist aus psychologischer Sicht ein Indikator einer defizitären Persönlichkeitsentwicklung und mangelnder sozialer Kompetenzen wie Empathie, nicht-aggressiver Konfliktlösung und angemessenem Umgang mit Ärger und Wut. Dies hat nichts mit Sozialromantik zu tun, sondern mit den notwendigen Voraussetzungen eines friedlichen Zusammenlebens. Wichtige Elemente einer Prävention von Hass wären daher soziales Lernen und die Förderung sozialer Kompetenzen (Beelmann, 2026), die man ebenso wie eine gute Wirtschaftsentwicklung als systemrelevant begreifen kann.
- Sind Menschen von Hass betroffen, muss ihnen wirksam geholfen werden. Dies gilt bei Problemen im Alltag und im unmittelbaren sozialen Nahraum, aber auch im gesellschaftlichen und politischen Kontext, etwa bei der Bedrohung von ehrenamtlich Tätigen, in der Pflege, bei Rettungskräften und Kommunalpolitiker:innen. Hier müssen Hilfsangebote entwickelt werden, die diesen wichtigen Funktionsträger:innen als Stützen unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung zur Seite stehen (vgl. etwa das Projekt Starke Stelle des Deutschen Forums für Kriminalprävention, siehe www.starke-stelle.de).

Die Umsetzung der genannten Handlungsoptionen ist aus wissenschaftlicher Perspektive keineswegs ein „Nice-to-have“, sondern wird darüber entscheiden, wie wir unser Zusammenleben in Zukunft gestalten und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.

Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Literatur

- Beelmann, A. & Lutterbach, S. (2023). *Radikalisierungsgefährdungen junger Menschen. Ergebnisse der landesweiten CTC-Jugendbefragung 2021/22 in Niedersachsen*. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online verfügbar unter: <https://www.fsv.uni-jena.de/43142/downloadbereich>.
- Beelmann, A. (2025). Policy paper: Zur Bedeutung der sozialen Kompetenz für die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. *forum kriminalprävention*, 2/2025, 4. Online verfügbar unter: <https://www.forum-kriminalpraevention.de/>
- Beelmann, A. (2026). Sozialentwicklung und Förderung der Sozialkompetenz. In B. Kracke & P. Noack (Hrsg.), *Handbuch der Entwicklungs- und Erziehungspsychologie*. Springer.
- DAK (2026). Forsa-Umfrage zum sozialen Miteinander. Online verfügbar unter: www.dak.de/presse/bundesthemen/politik-unternehmensnachrichten/soziales-miteinander-in-deutschland-wird-schlechter_168158
- Müller, C. (2026). *ARD-DeutschlandTrend: Sorge vor wirtschaftlichem Abstieg wächst*. tagesschau.de. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-juni-100.html>
- Sternberg, R. J. (Eds.). (2005). *The psychology of hate*. American Psychological Association.
- Wilkinson, R. & Pickert, K. (2010). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Tolkemitt.